

Der Freisinn

FDP

Nr. 6
Juni 1987
9. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Eingeganger unternehmerischer Freiraum

Ohne Selbstverantwortung – keine freie Wirtschaft!

In einer Marktwirtschaft verfügen die Unternehmen über einen grossen Freiraum. Sie fällen ihre Entscheide grundsätzlich selber, und der Markt entscheidet, ob diese Entscheide richtig oder falsch waren. Der Staat begrenzt durch seine Auflagen und Vorschriften die Wirtschaftsfreiheit. Es ist offensichtlich, dass der unternehmerische Freiraum in den letzten Jahren enger geworden ist. Diese Ansicht vertritt FDP-Nationalrat Kaspar Villiger (Pfeffikon/LU):

Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Marktwirtschaft nach wie vor das beste aller Wirtschaftssysteme ist. Sie ermöglicht den höchsten Wohlstand, sie allein ist auf die Dauer mit einem freiheitlichen politischen System verträglich, und nur in einem freiheitlichen System entfalten die Menschen so viel Kreativität, dass ihre Wirtschaft Spitzenleistungen erbringen kann. Die Erhaltung dieser Freiheit muss deshalb ein vorrangiges Anliegen sein.

Warum werden die Freiräume immer enger?

Dass die staatlichen Auflagen immer drückender und die Freiräume immer enger werden, hat vielerlei Gründe. Einer davon ist gewiss die Zunahme der Komplexität sämtlicher Probleme in einer hochtechnisierten Welt. Aber auch behördlicher Perfektionismus, parlamentarische Beflissenheit und gesetzgeberische Eigenliebe tragen massgeblich zu dieser unerwünschten Entwicklung bei. Die Wirtschaft selber kann indessen von Schuld ebenfalls nicht freigesprochen werden. Viele Vorschriften und Einschränkungen wurden eindeutig als Folge von Missbräuchen des



freiheitlichen Systems geschaffen, und viele in der Wirtschaft Tätige, welche lautstark diese Einschränkungen beklagen, müssen sich die Frage gefallen lassen, ob sie nicht durch ihr Gebaren diese Einschränkungen geradezu provoziert haben.

Weder die Forderung nach einem Kleinkreditgesetz noch nach einer durchgreifenden Kontrolle der Banken wäre aufgetaucht, wenn sich immer sämtliche Geldinstitute an gewisse moralische Mindestregelungen gehalten hätten. Oft entstehen Vorschriften

aber auch dann, wenn die Wirtschaft etwas unterlassen hat, was sie freiwillig besser hätte leisten können. So bin ich heute noch überzeugt, dass jenes gesetzestechnische Monstrum der 2. Säule hätte vermieden werden können, wenn ein noch wesentlich höherer Prozentsatz der Unternehmungen (auch der gewerblichen) schon vorher freiwillig eine 2. Säule eingerichtet hätten.

Freiheit braucht Selbstverantwortung zum Überleben!

Es ist nachgerade eine Binsenwahrheit, dass jener die Freiheit gefährdet, der sie übernutzt. Jeder Missbrauch ruft Gegenkräfte auf den Plan, welche die Freiheit wieder einengen wollen. Jedes freiheitliche System erträgt auch Missbräuche, solange diese eine kritische Schwelle nicht übersteigen. Wenn Freiheit langfristig überleben soll, darf nicht alles getan werden, was im Prinzip erlaubt wäre. Mit anderen Worten darf Freiheit nur verantwortlich genutzt werden. Selbstverantwortung heisst in diesem Zusammenhang, dass Entscheide nicht nur an vordergründigem geschäftlichem Nutzen, sondern auch am oft schwer zu definierenden Wohl des Ganzen zu messen sind.

Es handelt sich hier letztlich um eine moralische Forderung. Ich weiss, dass viele solche moralischen Forderungen belächeln und jene, die sie erheben, zu den Gesundbetern rechnen. Selbstverantwortliches Handeln ist aber nicht nur ein ethisches Gebot, es ist eine notwendige Bedingung für das Überleben unseres freiheitlichen Systems. Letztlich entscheidet in unserer Demokratie ja der Stimmbürger über den Freiheitsgrad unserer Wirtschaftsordnung. Er wird einer freiheitlichen Ordnung nur zustimmen, solange er von deren Leistungsfähigkeit überzeugt ist und solange er ge-

Fortsetzung auf Seite 2

Ständerat Jagmetti zu den «Zielsetzungen 87/91»

«Unser Azimut bleibt die liberale Überzeugung»

Azimut für die FDP der Schweiz bleibt die liberale Überzeugung. Diese Ansicht vertrat am Parteitag der Präsident der Programmkommission, Ständerat Prof. Riccardo Jagmetti (Zürich). Nachstehend ein Auszug aus seinem die Programmdiskussion einleitenden Referat:



auch kaum je durch völlig gleiche Aufteilung aller Vorzüge, aber auch aller Belastungen zu erreichen sein. Immerhin wird mit einem Finanzausgleichssystem nachgeholfen, das so vielfältig ist, dass es kaum noch überblickt werden kann. In die Aufteilung der Treibstoffzollerträge allein sind nach meinen (vielleicht unvollständigen) Feststellungen fünf Massnahmen des regionalen Ausgleichs eingebaut.

Im wirtschaftlichen Bereich sind – gemessen an der Zahl der Beschäftigten – Gewerbe, Industrie und Dienstleistungen (einschliesslich Handel) besser aufgeteilt als in verschiedenen andern Volkswirtschaften. Besonders betont sei das soziale Gleichgewicht. Am 19. Juli werden es 50 Jahre seit dem Abschluss des Friedensabkommens in der Maschinen- und Metallindustrie, das die Verstärkung nach Treu und Glauben an die Stelle des Arbeitskampfes gesetzt hat. Die Altersstufen werden in ihrer Eigenständigkeit berücksichtigt mit einem ausgebauten Bildungsangebot für die Jugend, den Arbeitsmöglichkeiten im Sinne der Vollbeschäftigung für alle Angehörigen der aktiven Generation und der Vorsorge für das Alter, für die sich die FDP vom ersten, damals gescheiterten Gesetz für die AHV an eingesetzt hat. Zwischen Männern und Frauen die seit 1981 verfassungsrechtlich garantierte Gleichheit zu erreichen wird mit dem Gesetzgebungsprogramm unserer Bundesrätin angestrebt. Damit sind wir bei unserm Stolz: wir stellen einen Bundesrat und eine Bundesrätin; mehr Gleichheit der Ge-

Fortsetzung auf Seite 4

Beachtliches Gleichgewicht

Wir haben in der Schweiz ein beachtliches Gleichgewicht erreicht, um das andere froh wären, die es erst suchen. Das gilt in vielfacher Beziehung. In Ideologie und Religion ist der Kulturkampf längst überwunden, und wir haben bei uns gelernt, dass weder böse noch verirrte sein muss, wer anders glaubt und denkt als wir. Die kulturelle Vielfalt des Landes kommt nicht allein in den Sprachgruppen, sondern auch innerhalb von diesen zum Ausdruck. Wir erkennen, dass zur geistigen Entfaltung Raum sein muss für verschieden grosse Gruppen.

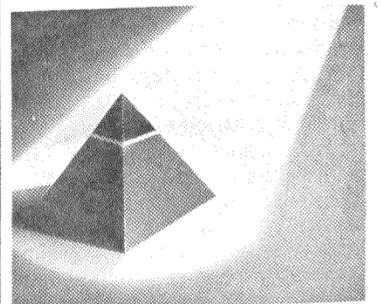
Das politische Gleichgewicht ist seinerseits vielfach abgesichert durch eine Verbindung von repräsentativer und direkter Demokratie, durch ein Bundesparlament mit einer nach Proporz und einer nach Majorz gewählten Kammer, durch die Zusammensetzung des Bundesrates nach der bekannten Zauberformel und durch die Aufgliederung der Verantwortung im föderalistischen Staat.

Mindestens angestrebt wird das Gleichgewicht unter den Regionen, zwischen Berggebiet, Mittelland und Jura, zwischen ländlichem Raum und Agglomerationen. Erreicht ist es nicht und wird



Zu einem vollen Erfolg wurde der diesjährige Parteitag der FDP der Schweiz in St. Gallen. Einen Bildbericht darüber finden Sie in dieser «Freisinn»-Ausgabe. (Photo ruti)

SKA-Anlage-Service plus



Der SKA-Anlage-Service plus präsentiert sich mit immer neuen Spitzenleistungen.



SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT
SKA

KMVG-Revision und Kosten im Gesundheitswesen

Vor einem Scherbenhaufen?

Die Kosten im schweizerischen Gesundheitswesen explodieren weiter. Was auf den ersten Blick widersinnig klingt, hat auf den zweiten Blick Methode. Längst sind nämlich die drängenden Probleme in die Mühle von Bürokratie, Interessenvertretung und politischem Kompromiss geraten. Dabei ist allen klar: So kann es nicht weitergehen. Ein Beitrag zur Diskussion von Jörg Denzler.

Seit der Schweizerische Gewerbeverband Ende März beschlossen hat, das Referendum gegen das revidierte Kranken- und Mutterschaftsversicherungsgesetz (KMVG) zu ergreifen, sind die Gesundheitspolitiker in unserem Land mit ihrem Latein am Ende.

Freisinniger Vorschlag

Dabei hatte in der Frühjahrssession alles noch so gut ausgesehen. Nach jahrelangem Ringen hatten die eidgenössischen Räte endlich die Revision, die den klingenden Beinamen Sofortprogramm trägt, unter Dach und Fach. Die Ständeratskommission unter Führung des Freisinnigen Arthur Hänsenberger (BE) schien mit der Idee eines Mutterschaftsgeldes, das nach dem Muster der altbekanntesten Erwerbsersatzordnung aufgebaut ist und über Lohnprozente finanziert wird, eine realistische Lösung gelungen. Damit konnte der Verfassungsauftrag aus dem Jahre 1945 erfüllt werden. Mit einer einzigen Gegenstimme pasierte der Entwurf den als eher konservativ eingeschätzten Ständerat. Ähnlich deutlich fiel das Resultat im Nationalrat aus.

Bei aller Begeisterung, von der sich auch ein grosser Teil der Medien anstecken liess, wurde beinahe vergessen, dass die eben verabschiedete Gesetzesrevision als Sofortprogramm zur Dämpfung der seit Anfang der siebziger Jahre anscheinend unaufhaltsam steigenden Kosten im Gesundheitswesen gedacht war. Diesbezüglich aber waren dem Sofortprogramm in den parlamentarischen Beratungen längst wichtige Zähne gezogen worden. Dennoch enthält das Gesetz, insbesondere was die Offenlegung der Rechnung der Krankenkassen angeht, und in der Spitalplanung einige erfolversprechende Ansätze. Al-

len Verantwortlichen aber war bewusst, dass mit der Verabschiedung des Sofortprogrammes die Arbeit erst begonnen hatte.

Zwei Initiativen liegen auf dem Tisch

Zwei Initiativen zur Krankenversicherung waren nämlich noch während der Beratungen über das Sofortprogramm eingereicht worden. Als erste die Initiative des Konkordates Schweizerischer Krankenkassen («Krankenkasseninitiative»), die unter anderem eine massive Erhöhung der Bundessubventionen an die Krankenkassen verlangt und die privaten Krankenversicherungen, die vor allem in der Spitalzusatzversicherung tätig sind, auf dem Verfassungswege von diesem Geschäft ausschliessen will. Die zweite Initiative wurde von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund eingereicht und verlangt eine obligatorische Krankenversicherung für die gesamte Bevölkerung. Diese beiden Initiativen stehen ebenso zur Behandlung an wie eine dringende erforderliche Totalrevision des Kranken- und Mutterschaftsversicherungsgesetzes.

Ein böses Erwachen

Alles schien auf gutem Wege: ein altes Postulat der Frauen in unserem Lande konnte mit dem Mutterschaftsgeld erfüllt werden, erste Ansätze zu einer Kostendämpfung waren festgelegt, und der

Blick schien frei für die Lösung der drängenden Finanzierungsprobleme und die Behandlung der beiden erwähnten Initiativen. Dem schönen Traum vom gelungenen ersten Schritt folgte ein böses Erwachen, als der Schweizerische Gewerbeverband am 30. März beschloss, das Referendum gegen das Sofortprogramm und das darin integrierte Mutterschaftsgeld zu ergreifen. Niemand zweifelte daran, dass es dem Gewerbeverband gelingen werde, die nötigen Unterschriften zu sammeln. Das letzte Wort in dieser Sache hat nun das Schweizer Volk – voraussichtlich am ersten Dezemberwochenende.

Ein Scherbenhaufen droht

Man kann sich zu einem über Lohnprozente finanzierten Mutterschaftsgeld stellen, wie man will, und es gibt durchaus gute Gründe für eine Ablehnung. Dennoch wird sich der Schweizerische Gewerbeverband fragen lassen müssen, warum er sich erst nach Abschluss der parlamentarischen Beratungen in die Diskussion eingeschaltet hat. Ein Eingreifen während der Arbeit der Kommissionen hätte ihm sicher besser angestanden. Sollte das Sofortprogramm vom Volk in der Referendumsabstimmung abgelehnt werden, so stehen wir vor einem gesundheitspolitischen Scherbenhaufen.

Die Totalrevision des Kranken- und Mutterschaftsversicherungsgesetzes wird Jahre in Anspruch nehmen; in dieser Zeit aber würden die Kosten weiter ansteigen. Die Gefahr ist nicht zu übersehen, dass dann plötzlich eine der beiden in der Sache völlig verfehlten Volksinitiativen von manchen als die letzte Rettung betrachtet würde. So könnte sich das Referendum gegen das Sofortprogramm für den Gewerbeverband als Bumerang erweisen, denn eine obligatorische Krankenversicherung bedeutete nicht nur für das Gewerbe eine wesentliche grössere Belastung. Bis aber überhaupt etwas geschehen wird, werden die Kosten kontinuierlich weiter explodieren.

Umweltpolitik und Umweltschutz

Abklären, dann handeln

Umfragen zeigen, dass der Bürger den Schutz der Umwelt schon seit Jahren als Problem Nummer 1 beurteilt. Doch von einer eigentlichen Umweltschutzeuphorie, wie sie zu Beginn der 70er Jahre in Gang gekommen war, kann seit der Wirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre kaum mehr gesprochen werden. Für die letzten Jahre lässt sich aber wiederum ein eigentlicher Schub der Bewusstseinsbildung registrieren. Ein Kommentar von Max Zürcher:

Umweltbelastungen wie das Waldsterben und die zunehmenden Gesundheitsschäden durch verschmutzte Luft haben erheblich dazu beigetragen, dass die Art unseres Wirtschaftens, unseres zivilisatorischen Umgehens mit der Natur als Ursache der ökologischen Probleme ins Bewusstsein getreten sind. Tschernobyl und Schweizerhalle sind dafür die Stichworte im Produktionsbereich, Sondermüllprobleme (Batterien usw.) und die Autoabgase signalisieren dasselbe für den Konsumbereich!

Paragrafenflut

So ist der politische Imperativ unüberhörbar geworden: Massnahmen sind gefordert! Die Frage ist nur, was, wo, wie sehr und zu wessen Lasten geschehen soll; ausschlaggebend ist dabei, wie sehr Massnahmen weh tun dürfen, welche Opfer dem einzelnen zuzumuten sind. Unsere Umweltprobleme sind das Resultat vieler kleiner Verschmutzungsquellen, die einzeln gesehen oft nur wenig

zur Gesamtbelastung beitragen. Dabei ist nicht verwunderlich, dass die Konkretisierung des Umweltschutzgesetzes zu einer ängstlichen Menge von Paragraphen führt. Die Gefahr ist gross, dass wir am Ende Kontrollen statt einer intakten Umwelt haben.

In dieser Situation stellen die einen das Defizit an Schutz der Umwelt heraus, die andern die kaum mehr zu bewältigende Paragrafenflut. Die ersteren fordern jede nur mögliche Massnahme, ohne Aufwand und Nutzen sorgfältig in Erwägung zu ziehen. Dem zentralen gesellschaftspolitischen Wert «Umweltschutz» sind alle anderen zu unterordnen. Von den Opfern und Kosten, die dem Einzelnen zugemutet werden, wird gar nicht gesprochen, denn es gilt ja die unmittelbar bevorstehende Ökokatastrophe abzuwehren. Wer so sich gebärdet, glaubt ein «echter Grüner» zu sein.

Die anderen lehnen diese «Politik aus dem Bauch» ab: Wer dem durchparagrafierten Um-

weltschutz skeptisch, bisweilen ablehnend gegenübersteht, verlangt die kritische Prüfung der Durchführbarkeit und der Auswirkungen von Massnahmen. «Abklären, dann handeln» lautet die Losung, wobei man sich in einer «progressiveren» Variante dafür einsetzt, die Kräfte des Marktes vor den Umweltschutzkarren zu spannen. Abklärungen sind für jeden vernünftig Denkenden unabdingbar, doch sie benötigen Zeit und tragen den Vorwurf der Verzögerungstaktik ein. Von eben diesem Vorwurf sind aber auch die Aktionisten nicht befreit: Wer nämlich Massnahmen durchsetzt, von denen er nicht weiss, dass sie auch durchführbar und effektiv sind, verleitet zu wohligen Zurücklehnen in der Meinung, das Problem im Griff zu haben. Mit nicht geringer Wahrscheinlichkeit kommt am Ende das böse Erwachen, die Hoffnungen auf eine eben doch nicht wirksame Massnahme gesetzt zu haben, so dass wieder von vorne begonnen werden muss.

Kritische Haltung tut not

Wenn sich der Stimmbürger in ehrlicher Absicht bemüht, jene Kräfte zu stärken, die wirklich für den Schutz der Umwelt eintreten, hat er es nicht einfach. Wer grüne Parteien wählt und meint, echte «Grüne» zu wählen, unterstellt, diese wüssten jeweils, was am besten dem Schutze der Umwelt diene, und verkennt, dass dies angesichts der Komplexität der Umweltprobleme, die fast jeden Lebensbereich betreffen, vielfach kaum möglich ist: die Akzeptanz von Umweltschutzmassnahmen hängt eben auch von der Berücksichtigung anderer Werte ab, und fehlende Akzeptanz kann die beste Massnahme wertlos machen. Wer bei herkömmlichen Parteien die Grün Retusche nur wahltaktischen Überlegungen zuschreibt, unterstellt, diese hätten aus jüngsten Ereignissen und Entwicklungen nichts gelernt.

Wie dem auch sei, ist hierbei stets in Rechnung zu stellen, dass Umweltschutzmassnahmen selten sofortige Wirkung zeitigen können, Erfolge vielfach erst auf Jahre hinaus erkennbar sind und überdies unsere enge internationale Verflochtenheit manchen Strich durch die Rechnung machen kann – Luftschadstoffe kennen bekanntlich keine nationalen Grenzen. Fast immer also sitzt beim Schutz der Umwelt der Teufel im Detail! So tut der Bürger gut daran, zu hinterfragen, was die politischen Gruppierungen an konkreter und seriöser Arbeit vorzuweisen haben, um die Tauglichkeit von Massnahmen zum Schutze der Umwelt abzuklären. Die Auflistung programmatischer Forderungen an die Adresse der Exekutiven allein kann da wohl nicht genügen. Verlangt werden auch Vorstellungen über die Durchführbarkeit, Wirksamkeit und Tragbarkeit – wie sehr etwa die Bereitschaft zum Konsum oder nur Bequemlichkeitsverzicht vorausgesetzt oder zugemutet werden kann. Besonderes Augenmerk verdient auch der Gerechtigkeitsaspekt, denn wahrscheinlich stehen derzeit nur noch Massnahmen zur Disposition, die da oder dort weh tun.

Politik und Wirtschaft

Diese Perspektive allein kann aber keineswegs genügen. In die Tat umgesetzt wird der Schutz der Umwelt fast immer durch die Wirtschaft: Sie ist es, die Entsorgungsanlagen herstellt, ökologisch verträgliche Herstellungsverfahren und Produkte entwickelt. Seitens der Politik werden dazu «nur» die Rahmenbedingungen gestellt. Politische Gruppierungen aber, die die berechtigten Interessen der Wirtschaft nicht in das Umweltschutzkalkül einzubauen vermögen, beschränken ihre Wirkungsmöglichkeiten gerade in der Richtung ihres zentralen Anliegens, des effektiven Schutzes der Umwelt.



Fragwürdige «Belohnungen»

Freisinnige Vorbehalte zu den Steuerplänen von Bundesrat Stich

Unter Schlagzeilen wie «Überraschung für den Steuerzahler» wurde in den Medien die Absicht von Bundesrat Otto Stich kundgetan, auf das Jahr 1989 einen Steuerrabatt von mindestens zehn Prozent zu gewähren, sofern gleichzeitig im Bundessteuerrecht der Übergang von der heute zweijährigen Veranlagung mit Vergangheitsbemessung zur einjährigen Veranlagung mit Gegenwartsbemessung vorgenommen wird. Dazu hält der von Nationalrätin Vreni Spoerry (Horgen) präsidierte Finanz- und Steuerausschuss der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) fest, dass es sich bei einer solchen Ermässigung nicht um ein «Steuergeschenk», sondern lediglich um die Rückerstattung einer durch einen allfälligen Systemwechsel bedingten Mehrbelastung handle. Die gleichmässige Anpassung der Tarifstufen und Abzüge ist zu diesem Zweck in den Übergangsbestimmungen des zur Beratung stehenden Gesetzes über die direkte Bundessteuer vorgesehen.

Das freisinnige Gremium weist im weiteren darauf hin, dass die Umstellung in der zeitlichen Bemessung jedoch umstritten ist. Zudem gehöre sie als zentrale Frage der Steuerharmonisierung eigentlich ins geplante Bundesgesetz über die Steuerharmonisierung mit dem Ziel, in diesem Bereich für Bund und Kantone koordiniert einheitliche Bestimmungen zu erlassen. Da nun entgegen der ursprünglichen Absicht die beiden Gesetze im Parlament nicht gleichzeitig verabschiedet und in Kraft gesetzt werden, muss nach Ansicht des Ausschusses die Frage gestellt werden, ob ein vorzeitiger Übergang zur Gegenwartsbesteuerung im Bund überhaupt zweckmässig ist und mit scheinbaren «Belohnungen» schmackhaft gemacht werden soll.

Für härtere Bestimmungen

Stellungnahme zur Ausgabenbremse

Die Freisinnig Demokratische Partei der Schweiz (FDP) bedauert, dass ein parlamentarischer Motionsauftrag, eine automatische Sonderabstimmung für neue oder die Anträge des Bundesrates übersteigende Ausgaben generell einzuführen, im Entwurf für einen Bundesbeschluss über eine Ausgabenbremse nur teilweise aufgenommen wird. In ihrer Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren hält die Partei an einer vollumfänglichen Erfüllung des Motionstextes fest. Sie begründet ihre Haltung damit, dass neue Ausgaben und Ausgabenerhöhungen automatisch der mittels des parlamentarischen Vorstosses angebehrten Sonderbestimmung zu unterstellen sind, wenn es den Räten ernst ist mit einer verstärkten Ausgabendisziplin.

Im weiteren wendet sich die FDP gegen eine zeitliche Befristung des Bundesbeschlusses bis Ende 1994. Eine Beschränkung auf den Zeitpunkt des Auslaufens der heute geltenden Finanzordnung hält die Partei weder für sachlich gerechtfertigt noch politisch opportun. Nach ihrer Ansicht drängt sich überhaupt keine zeitliche Limitierung auf, da die Beachtung der Ausgabendisziplin eine permanente Aufgabe des Parlamentes sei.

Gewalttätigkeiten bei Sportanlässen

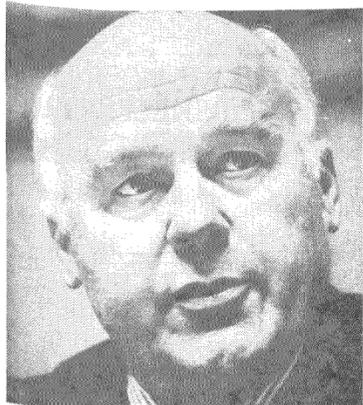
FDP unterstützt europäische Übereinkunft

Die Freisinnig Demokratische Partei der Schweiz (FDP) pflichtet dem «Europäischen Übereinkommen über Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen von Zuschauern bei Sportanlässen, insbesondere Fussballspielen» zu. Wie die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort bemerkt, hält sie es für «ausserordentlich bedauerlich», dass eine solche Vereinbarung überhaupt erarbeitet werden musste. Sie stellt nach wie vor die Verantwortung der Veranstalter, der Zuschauer, jedes Einzelnen in den Vordergrund und gibt daher staatlichen Massnahmen zur Problembewältigung bloss einen subsidiären Stellenwert. Nachblassend jedoch in den letzten Jahren gezeitigt hat, dass eindringliche Appelle seitens der Veranstalter wenig bewirkten, stimmt die Partei dem Übereinkommen zu. Ausdrücklich hält die FDP in ihrer Stellungnahme fest, dass die Vereinbarung nicht zuletzt aus Gründen der Solidarität mit den anderen europäischen Staaten befürwortet.

Anforderungen an Freisinnige

Signale aufnehmen und Werte erhalten

«Einsteiger in die Leistung zur politischen Wertschöpfung» fordert Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon ZH). Der Präsident der Freisinnig-Demokratischen Fraktion der Bundesversammlung erwartet von den Freisinnigen, dass sie Signale aufnehmen und zugleich geschaffene Werte erhalten:



den besten Maschinen. Also müssen unsere Produkte mehr können, sie sollen zuverlässiger, vielseitiger, genauer, strapazierfähiger werden. Das ist nicht nur eine Frage der Qualität, sondern der angebotenen Funktionen. Heute bekommen wir im Durchschnitt für jedes Kilogramm exportierter Ware zwölfmal mehr als für das Kilogramm importierter Ware. Das ist Wertschöpfung!

Lange hat die schweizerische Politik zu quantitativ gedacht. Mehr Steuern, mehr Subventionen, mehr Verkehr, mehr Gesetze. Der Staat und seine Institute messen die schweizerische Forschung noch zu sehr an den aufgewandten Mitteln und zu wenig an den Resultaten.

In diesem Jahr gibt es deutliche Zeichen dafür, dass unsere Bürger eine verstärkt wertorientierte Politik fordern. Das bedeutet Zurückhaltung im Mengenwachstum und Steigerung der Wirksamkeit. Einige Volksscheide zum Thema Umweltschutz sind deutliche Beispiele. Verlangt wurden nicht primär

Vor zwanzig Jahren übernahmen wir aus den USA das Schlagwort der Lebensqualität. Vor zehn Jahren begann unsere Wirtschaft, ihm einen Inhalt zu geben. Heute schickt sich die Politik an, diesem Qualitätsbegriff Leben einzuhauchen.

Die Unternehmen lernten, dass unsere Chancen mit Schweizer Löhnen im internationalen Preiskampf klein sind. Billiger als die anderen werden wir nie, auch mit

Flagge zeigen (und erst noch Gutes tun)

Kennen Sie

bereits alle FDP-Accessoires? Wenn nicht, können Sie diese mit dem Talon bestellen.

Mit den gediegenen persönlichen Accessoires können Sie «Flagge zeigen». Diese sympathische Aktion erfüllt zudem einen wertvollen Zweck: In jedem Accessoirepreis ist je nach Gegenstand ein Beitrag einkalkuliert, der hälftig den Wahlkampfkassen der

schweizerischen Partei sowie Ihrer Kantonalpartei zugute kommt. Unnötig, Ihnen zu sagen, dass sowohl die schweizerische Partei wie auch Ihre Kantonalpartei auf finanzielle Unterstützung angewiesen ist...

Anzahl/Artikel	Preis	Total
Seidenfoulard	Fr. 49.—	Fr.
Krawatte	Fr. 38.—	Fr.
Portefeuille	Fr. 44.—	Fr.
Armbanduhr <input type="checkbox"/> blau <input type="checkbox"/> weiss	Fr. 48.—	Fr.
Aktenmappe	Fr. 68.—	Fr.
Solarrechner	Fr. 20.—	Fr.
Schirm	Fr. 35.—	Fr.
Doppelschirm	Fr. 48.—	Fr.
Sportschirm (Klappsitzgriff)	Fr. 44.—	Fr.
Stirnband/Pulswärmer-Set	Fr. 10.—	Fr.
Anstecknadel	Fr. 10.—	Fr.
Windblouson		
Grösse S Grösse M		
Grösse L Grösse XL	Fr. 30.—	Fr.
T-Shirt		
Grösse 10 Grösse 12		
Grösse S Grösse M	Fr. 18.—	Fr.
Grösse L Grösse XL		
Sonnenhut	Fr. 1.20	Fr.
Wasserball	Fr. 1.50	Fr.
Feuerzeug, Schachtel à 10 Stück	Fr. 13.50	Fr.
Zündholzschaftel, Packung à 10 Stück	Fr. 2.—	Fr.
Kugelschreiber, Schachtel à 10 Stück	Fr. 6.—	Fr.
Kräuterbonbon, 1-Kilo-Dose	Fr. 15.—	Fr.
Erfrischungstüchlein, Packung à 100 Stück	Fr. 20.—	Fr.
Totalkosten		Fr.

+ Verpackungs- und Versandkosten

Herr/Frau/Frl. Name, Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Unterschrift

Datum

Bitte in Blockschrift ausfüllen und senden an:

Generalsekretariat FDP der Schweiz
z. Hd. von Herrn E. Aebischer
Postfach 2642, 3001 Bern



Die Landwirtschaftsthesen der FDP-Fraktion wurden an einer Pressekonferenz erläutert durch (v. l. n. r.) die Nationalräte Pierre Savary (VD), Jean Revachier (GE), Fraktionspräsident Ulrich Bremi (ZH), Richard Reich (ZH), Christian Wanner (SO), Karl Tschuppert (LU) sowie Dr. Willy Zeller, Chef der Wirtschaftsredaktion der NZZ, und Hans Ulrich Pfister, Direktor des Milchverbandes Basel. (Photo ruti)

mehr Gesetze, sondern ihre verlässlichere Durchsetzung. Es soll z. B. nicht mehr oder weniger Benzin verbraucht werden, sondern katalysiertes. Es wurden nicht nur Gesetze für sauberes Wasser verlangt, sondern Instrumente für die zuverlässige Durchsetzung. Unser Parlament tut gut daran, weniger Gesetze gründlicher zu bearbeiten, als wir das in den letzten Jahren getan haben. Das Gesetz über die zweite Säule ist nur ein Beispiel dafür.

Die Zentralschweizer haben ein gleiches Signal gesetzt. Sie argumentieren, weniger, aber bessere Feiern zum 700. Geburtstag der Schweiz seien unserer Zeit angepasst. Vielleicht haben ausgerechnet die traditionellen Landsgemeinden, die das beschlossen haben, uns einen Weg in eine moderne Schweiz gewiesen. Es scheint, dass auch in unserem Bil-

dungsapparat solche Töne hörbar werden.

Aber auch dieser Weg ist nicht ohne Fusschlingen. Weniger ist noch nicht zwangsläufig besser. Die Qualitätssteigerung muss vorausgehen, sonst kann uns das zur Kleinkariertei, zur Schulmeisterrei oder zu sturer und einseitiger Wertbetrachtung führen. Beschränkung auf das Wesentliche bedeutet mehr Leistung, nicht weniger. Unsere Umwelt ist ein bedeutender Wert, unser Wohlstand und unsere Freiheitsrechte sind es auch. Es ist die Aufgabe der Freisinnigen, die Signale aufzunehmen, gleichzeitig aber alle erschaffenen Werte zu schützen. Diese Gesamtschau unterscheidet uns. Das ist kein Weg für Aussteiger, die sich nach einem vergangenen Paradies sehnen. Wir brauchen Einsteiger in die Leistung zur politischen Wertschöpfung.

schon und damit umweltgerechter Produktion vorgeschlagen. Es baut auf das wachsende ökologische Bewusstsein der Konsumenten und vor allem auf eine loyale Partnerschaft zwischen Produzenten und Abnehmern. Das Modell kommt nur zum Tragen, wenn sich auch die Grossverteiler im Rahmen von Produktionsverträgen in die Pflicht nehmen lassen. Dem Bund kommt dabei die Oberaufsicht insbesondere bei der Formulierung der entsprechenden Qualitätsvorschriften und Preisrichtlinien zu.

Die zweite These strebt die Ausweitung des Systems der Direktzahlungen, wie es schon heute für Regionen mit erschwerten Produktionsbedingungen üblich ist, auf sämtliche Produzenten an, die bereit sind, Auflagen zur Produktionsexensivierung mit vorwiegend ökologischem Charakter auf sich zu nehmen.

Die beiden Systeme lassen sich kombinieren. Sie streben beide eine Produktionsverminderung vor allem dort an, wo wirtschaftlich kostspielige Überschüsse auftreten. Die dadurch entstehenden Mehrkosten sollen einerseits über den Preis, andererseits durch die Einsparungen beim Abbau der Überproduktion aufgefangen werden. Allenfalls ist auch die Einführung einer Nahrungsmittel-Umsatzsteuer zu stark reduziertem Satz zu prüfen. Da es sich bei den Überschüssen erfahrungsgemäss meist nur um marginale Mengen mit unverhältnismässig grosser Wirkung handelt, sollten sich die finanziellen Konsequenzen aber in engen Grenzen halten.

Bei beiden Modellen stellen sich Probleme der Realisierung. Sie sind aber zu bewältigen, wenn der Wille zu zukunftsweisenden agrarpolitischen Taten wirklich vorhanden ist.

Thesen der FDP-Fraktion

Für eine markt- und umweltgerechte Agrarpolitik

Die Freisinnig-Demokratische Fraktion der Bundesversammlung hat Thesen zur Agrarpolitik verabschiedet, die von einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Nationalrat Richard Reich vorbereitet wurden. Nachstehend eine Zusammenfassung dieser Thesen:



Nationalrat Richard Reich (ZH), Präsident der Arbeitsgruppe, welche die Landwirtschaftsthesen der FDP-Fraktion erarbeitet hat. (Photo ruti)

Die Thesen gehen davon aus, dass die traditionellen, Gemeinkosten auslösenden Oberziele unserer Landwirtschaftspolitik – Versorgung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln; Vorsorge für Zeiten gestörter Zufuhren und Erhaltung der Produk-

tionsbereitschaft für volle Selbstversorgung in Kriegszeiten; Schutz und Pflege der Kulturlandschaft; Erhaltung der bäuerlich strukturierten Landwirtschaft und damit Bewahrung der dezentralisierten Besiedlung – auch weiterhin Gültigkeit haben. Sie stellen ausserdem in Rechnung, dass der internationale Agrarmarkt durch massive Dumpingpreise völlig verzerrt ist. Damit wird die Sicherung eines angemessenen bäuerlichen Einkommens nur mit Hilfe eines agrarpolitischen Instrumentariums von relativ hoher Regelungsdichte möglich.

Ziel dieser Agrarpolitik muss es sein, die Landwirtschaft noch vermehrt zu möglichst marktnahen Produkten und Preisen anzuhalten und den Binnenmarkt besser in ein Gleichgewicht zwischen Überschüssen und Unterversorgung zu bringen, um so die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten besser in Griff zu bekommen.

Hier setzen die beiden Hauptthesen der FDP-Fraktion an. Einerseits wird ein System von Vorzugspreisen für Erzeugnisse von optimaler Qualität aus ökologi-

Fortsetzung von Seite 1

schlechter ist hier nicht mehr zu erreichen.

Synthese von wirtschaftlichem und technischem Fortschritt

Und endlich: Wir kämpfen in letzter Zeit vermehrt um das Gleichgewicht bei den Zielen und suchen nach einer Synthese von wirtschaftlichem und technischem Fortschritt einerseits und Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen andererseits, zwischen Öffnung zur Welt und Sicherung unserer Eigenständigkeit, zwischen dem modernen, leistungsfähigen Staat und der Gewährleistung von Freiheit und Selbstverantwortung des Individuums.

Mit unserer Politik des dynamischen Gleichgewichts sind wir tatsächlich nicht stehengeblieben, sondern vorangekommen. Wir leben in Frieden und Freiheit, gut funktionierende private und öffentliche Dienste stehen in reichhaltigem Angebot zur Verfügung und sind nicht nur einem kleinen Kreis zugänglich, die Wohnverhältnisse haben einen hohen Stand erreicht, und das räumliche Umfeld ist gepflegt, das Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung ist hoch und breit gestreut, so dass alle echte Gestaltungsmöglichkeiten haben. Seien wir doch auch einmal für all das dankbar!

Nicht stillestehen!

Begnügen aber dürfen wir uns mit dieser Freude nicht. Wir würden als Staat unsere Stellung, unser nationales Gleichgewicht verlieren, wenn wir einfach stillestehen wollten. Als Partei würden wir versagen, wenn das Beharren auf dem Erreichten unser zentrales Anliegen wäre. Zum Absteigen und Ausruhen besteht denn auch kein Anlass. Wir haben viel erreicht, sind aber längst nicht am Ziel. Vor allem aber treten neue Herausforderungen auf uns zu, auf die wir antworten müssen und antworten wollen. Sowenig aber das Aufsuchen einer Ruhestätte unser Weg in die Zukunft sein kann, sowenig ist der sogenannte Ausstieg die freisinnig-demokratische Lösung der Aufgaben, die uns gestellt sind. Wir wollen weder permanent jammern, noch ständig nach Schuldigen suchen und Anklage erheben, sondern die Zukunft gestalten und vorwärts streben. Unser Azimut bleibt die liberale Überzeugung. Freiheit kommt hier nicht in der Ungebundenheit, sondern in der Verantwortung zum Ausdruck. Diese lässt sich nicht auf andere abschieben, sondern muss selbst getragen werden. Dazu braucht es die Einsicht in die Probleme und den Willen zu ihrer Bewältigung. Nur so werden wir dem Ziel wirklich näher kommen, denn der Weg in die Zukunft finden wird nicht der gelenkte, sondern der denkende und aktiv handelnde Mensch.



Nicht ganz auf die Zustimmung von Ständerat Paul Bürgi (FDP, SG) scheinen seinem kritischen Blick nach die Ausführungen eines Ratskollegen in der kleinen Kammer zu stossen. (Photo Ruti)

Integrierte Bauprojekte

Für Käufer mit Eigenbedarf, Mieter und Anleger realisieren wir als Bauherren städtebaulich integrierte Bauprojekte – in Zusammenarbeit mit führenden Architekten und Ingenieuren!

Mit uns über Liegenschaften reden lohnt sich

Spaltenstein

LIEGENSCHAFTEN
SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich
Telefon 01/316 13 10

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure



Wir planen, bauen, sanieren
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt
Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 82 62 52

Wer trinkt, wird alt – wer säuft, stirbt bald

Deutsches Sprichwort

Wer den Wein, dieses köstliche Naturgeschenk, im Übermass zu sich nimmt, der weiss ihn nicht richtig zu schätzen. Der echte Weinfreund aber erkennt, dass sich ihm dieses edle Getränk im bedächtigen, massvollen Genuss voll offenbart. Ihm ist aber auch jede Flasche schon lieb, lange bevor er sie entkorkt: wenn er sie sorgfältig auswählt und liebevoll in seinem Keller bettet.

Für jenen Weinfreund sind wir gerne tätig. Ihm gehört unsere langjährige Erfahrung (unser Haus ist seit fast 300 Jahren dem Wein verbunden).

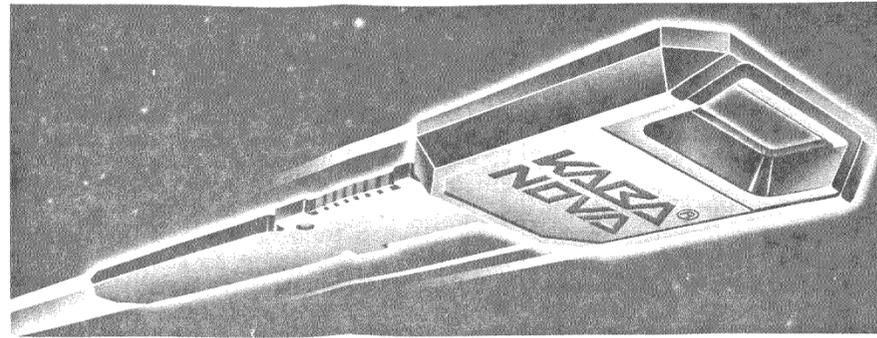
Rufen Sie uns an (Telefon [043] 21 20 81), oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wi-ibüechli» – eine köstliche Lektüre für jeden Weinfreund.

St.-Jakobs-Kellerei
Schuler & Cie. AG
Schwyz und Luzern
Franzosenstrasse
6423 Seewen Schwyz



SCHULER-WEINE
ST. JAKOBSKELLEREI
SCHULER + CIE AG SCHWYZ + LUZERN

KABA NOVA – der Schlüssel mit der elektronischen Sicherheit.



Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, so verlangen Sie Unterlagen bei

BAUER KABA

Bauer Kaba AG
Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach
CH-8620 Wetzikon I
Telefon: 01/931 61 11
Telex: 875481
Telefax: 01/931 63 85

SBG aktuell

Auszug



Nr. 2/87

Informationen und Meinungen



Die eindrückliche Präsenz der diesjährigen SBG-Generallversammlung mit fast 6000 Teilnehmern zeigt die breite Verankerung der Bank in der Bevölkerung.

Volksverbunden und weltoffen

Ein ungleiches Elternpaar hob die Schweizerische Bankgesellschaft aus der Taufe: die vor 125 Jahren als Handelsbank gegründete Bank in Winterthur und die ein Jahr später entstandene Toggenburger Bank, deren Wurzeln vor allem im Spar- und Hypothekengeschäft lagen.

Das weltoffene Institut der Winterthurer Exportwirtschaft verband sich 1912 mit einer stark in ländlichen Kreisen der Ostschweiz verankerten Volksbank zur neuen SBG: eine ideale Kombination, wie die Rückschau zeigt.

An der Bilanzpressekonferenz liess GD-Präsident Dr. Nikolaus Senn liess die Entwicklung, insbesondere der letzten 25 Jahre, Revue passieren: 1986 erarbeiteten viermal mehr Mitarbeiter eine gut 20mal grössere Bilanzsumme als 1962, nämlich über 150 Mrd Franken. Aus dem einzigen Stützpunkt im Ausland, über den die SBG zu Beginn der 60er Jahre verfügte, sind heute 43 geworden, während im Inland gegenwärtig 285 Geschäftsstellen das dichteste Filialnetz der Grossbanken bilden.

Das vergangene Vierteljahrhundert bedeutet für die SBG eine mit Siebenmeilenstiefeln zurückgelegte Wegstrecke zum grössten einheimischen Bankinstitut und zu einem Schwergewicht auf den internationalen Finanzplätzen. Von spezialisierten Buchprüferfirmen auf Herz und Nieren gecheckt, hat die SBG als eine der wenigen Banken in der Welt die Goldmedaille für Solidität erhalten: das begehrte AAA-Rating. Aktienkapital und Reservepolster in Milliardenhöhe bieten eine optimale Risikovorsorge.

Trotz gezieltem und raschem internationalem Ausbau ist und bleibt die SBG eine Schweizer Bank, wie ihr GD-Präsident betont. Von den Vorgängerinstitutionen her eine Handels- sowie eine Spar- und Hypothekbank, hat sie sich im Laufe

der Zeit auch zur bedeutendsten Vermögensverwaltungsbank unseres Landes entwickelt, die rund einen Viertel der Zürcher Börsenumsätze tätigt und Kundendepots betreut, deren Wert weit über der Bilanzsumme liegt. Zur Stellung als grösste Bank unseres Landes haben aber auch viele kleine Sparheftli beigetragen: Seit Ende der 60er Jahre in dieser Sparte selber aktiv, sind der SBG heute die Einlagen auf gut 2 Millionen Spar- und Depositenheften anvertraut. Sie bilden auch das Rückgrat für die starke Position im Hypothekengeschäft. Im schweizerischen Kommerzgeschäft präsentiert sich die SBG nach Senns Worten «ebenso als volksverbundene Grossbank für jeder-

mann, wo die Bank heute jeden zweiten Franken verdient, verzeichnet seit den 60er Jahren einen enormen Aufschwung. Die SBG fasste selber im Ausland Fuss, zuerst in London, gefolgt von Stützpunkten in Tokio, New York und anderen Finanzzentren. Heute verfügt sie über eine Präsenz auf allen internationalen Plätzen. Mit ihrem 24-Stunden-Service und dem weltumspannenden Kommunikationsnetz stellt sich die SBG auch im Devisen- und Edelmetallhandel dem harten Wettbewerb.

Wo liegen die Gründe für den Erfolg? Dr. Senn unterstreicht den hohen Stellenwert, welchen die Bank der Qualität und damit der Ausbildung ihrer Mitarbeiter seit jeher beigemessen hat. Von den heute rund 20 000 Beschäftigten ist rund ein Achtel in Ausbildung, jeder zwölfte SBG-Angestellte ist Lehrling oder Berufsschüler. Längst ist der Terminal am Arbeitsplatz selbstverständlich geworden. Von der 1947 eingeführten Da-

« Von den heute rund 20 000 SBG-Mitarbeitern ist jeder achte in Ausbildung »

tenverarbeitung durch Lochkarten zum integrierten On-line-System «Abacus» der Gegenwart führte ein langer Weg, der auch durch Rückschläge geprägt ist. Ohne gut ausgebildete Mitarbeiter, ohne leistungsfähige EDV und Automation mit entsprechenden Milliardeninvestitionen ist eine moderne Bank nicht denkbar.

Und die Zukunft nach Jahren der Rekorde? Der Siebenmeilenstiefel wird gewiss da und dort einer kleineren Schuhgrösse Platz machen. Die SBG sucht kein Wachstum um jeden Preis. Vorrang hat die Qualität, und es gilt, gezielt Wachstumschancen zu nutzen, wie sie vor allem das internationale Geschäft bietet.

« Die SBG ist ebenso eine volksverbundene Grossbank für jedermann, wie auch eine Bank des Klein-, Mittel- und Grossunternehmers »

mann mit starker lokaler Verankerung wie auch als Bank des Klein-, Mittel- und Grossunternehmers». Das internationale Ge-

Die aktuellen Informationsseiten «SBG aktuell» der Schweizerischen Bankgesellschaft sind in jeder SBG-Geschäftsstelle erhältlich. Herausgabe und Redaktion: Presse- und Informationsstelle der Schweizerischen Bankgesellschaft, Bahnhofstrasse 45, 8021 Zürich.



Nachlese zu St. Gallen

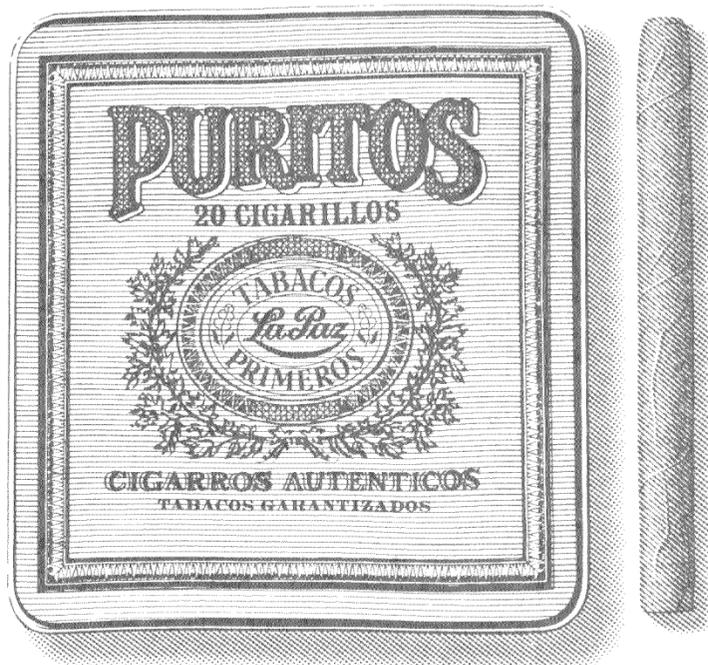
Zu einem vollen Erfolg wurde der diesjährige Parteitag der FDP der Schweiz. Dazu trugen nicht zuletzt die St. Galler Parteifreunde und ihr Präsident, Christian Fischbacher (Bild rechts aussen), bei. Die Photo oben zeigt einen Blick auf Mitglieder der Geschäftsleitung sowie der Programmkommission (stehend deren Präsident, Ständerat Prof. Riccardo Jagmetti). Engagiert geführt wurden die Debatten, an welchen sich zahlreiche Delegierte beteiligten; darunter (v. l. n. r.) Paul Fäh, Christian Bolliger sowie Didier Burkhalter. Animiert verliefen die von der St. Galler Partei organisierten Stammtischgespräche, worüber die beiden Photos unten Zeugnis ablegen. (Neben dem schweizerischen Parteipräsidenten die Präsidentin der Be-



zirkspartei St. Gallen, Erika Forster.) Ganz unten ein Blick in den Versammlungssaal. Dass die Freisinnigen nicht nur politisieren, sondern auch Klavierspielen und singen können, bewiesen am Abend Parteipräsident Hunziker und Karl Weiss, Mitglied des Delegiertenrates (Schlieren). (Photos ruti)



Kostbarkeit aus Meisterhand. Von La Paz.

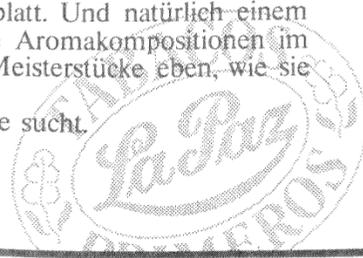


Es ist nicht leicht, ausgewogen mélangierte Cigarillos zu machen. Das Verhältnis von Innengut zu Um- und Deckblatt ist bei kleinen Façons weniger günstig als bei grossen. Und das erfordert perfekte Handwerkskunst.

Die Cigarrenmacher von La Paz verstehen ihr Handwerk. Cigarillos Puritos sind eine Komposition reiner und edelster Tabake weltberühmter Provenienzen, umhüllt mit einem gleichmässig brennenden Umblatt. Und natürlich einem makellosen Deckblatt. Gehaltvolle und doch milde Aromakompositionen im Kleinstformat. Mit erstaunlich langer Rauchdauer. Meisterstücke eben, wie sie nur aus dem Hause La Paz kommen können.

Für den Geniesser, der das Exklusive und Echte sucht. La Paz Puritos: Exklusiv(r)echte.

Cigarros Autenticos.



Für eine klare bürgerlich-liberale Haltung

Abmarsch ins rot-grüne Paradies?

Auch in der Schweiz ist der alte, über Jahrzehnte hinweg politikbestimmende Gegensatz zwischen «Kapital» und «Arbeit» mindestens teilweise abgelöst und überlagert worden durch jenen zwischen Natur und Industriegesellschaft. Dazu ein Beitrag von FDP-Nationalrat Dr. Peter Spälti (Hettlingen ZH).

Neue, vorab lebensqualitätsorientierte Themen und Fragestellungen schieben sich ins Zentrum der öffentlichen Auseinandersetzung. Sie beschäftigen zunehmend den politischen Alltagsbetrieb, rufen neue Parteien, Listen und Bewegungen auf den Plan, zwingen schliesslich auch die historischen, etablierten Kräfte zur Neupositionierung rund um die grüne Herausforderung.

Respekt vor den Errungenschaften – Nein zur Miesmacherei

Viele, die sich heute als progressiv bezeichnen, bekennen sich zur Angst, zum Leiden an der bestehenden Welt, ohne dabei allerdings auf ihre Annehmlichkeiten verzichten zu wollen, im Gegenteil, um an ihren Rändern ein möglichst sorgen- und verantwortungsfreies Dasein zu führen. Verstanden sich früher die progressiven Minderheiten als selbsternannte Avantgarden des Fortschritts, so präsentieren sie sich heute im Namen der Natur als rot-grüne Auguren der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Moderne. Begleitet von einem kompensatorischen Journalismus hat rot-grüne Miesmacherei gegenwärtig Konjunktur, dient dieser das mittlerweile arg strapazierte Schlagwort «Lebensqualität» als Kampfbegriff und Hebel einer einseitigen Kritik an allem und jedem. Tatsache ist indessen, dass «Lebensqualität» nicht steht und fällt mit Umweltfragen allein, sondern darüber hinaus an weitere, elementare Voraussetzungen und Errungenschaften gebunden ist, die wir im Zeichen rot-grüner Fortschrittspolitik nicht



mutwillig aufs Spiel setzen dürfen.

Zentrale Richtschnur des Handelns

Zu den historischen, die Lebensqualität wesentlich bestimmenden Errungenschaften der modernen Schweiz gehören etwa die beispiellose Mehrung und Demokratisierung des materiellen Wohlstandes, der sozialstaatliche Aufbau und Ausbau kleiner wie grosser Sicherheitsnetze, eine funktionierende und integrierende Verhandlungs- und Konkordanzdemokratie, eine stabile Rechtsordnung, eine in ihren Grundzügen freiheitliche Staats- und Gesellschaftsstruktur. Die Erhaltung und Verteidigung dieser und anderer Errungenschaften muss weiterhin eine zentrale Richtschnur unseres Handelns bleiben, selbst wenn der «grüne Themenwechsel» des Fortschritts auch unser Land vor neue Herausforderungen stellt.

Wohl hat die gebotene Versöhnung von Ökonomie und Ökologie von Natur und Gesellschaft unseren Bürgersinn, unsere technischwissenschaftliche Kreativität und unsere am Gemeinwohl orientierten politischen Energien mehr als bisher zu beschäftigen. Doch erschöpft sich die Sache des guten Lebens keineswegs in den von rot-grüner Seite so apokalyptisch beschworenen Überlebens- und Notstandsfragen. Die fragwürdige Einseitigkeit, Wirtschafts- und Freiheitsfeindlichkeit mancher Exponenten der grünen Fundamental- und Systemopposition, die von dieser Seite betriebene Zuspitzung aller Fragen auf Umweltfragen und die dazu propagierten Lösungen vorab im Geiste eines neuen, ökosozialistischen Staatsinterventionismus bieten jedenfalls keine Gewähr für eine umfassende Politik, welche der Komplexität der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und staatlichen Gefüge angemessen ist. Wir brauchen eine realistische Politik, die weder glaubt, die ganze Welt aus einem einzigen grünen Punkt heraus kurieren zu können, noch dabei alle bisherigen Errungenschaften und Leistungen aufs Spiel setzen will.

Worum geht es?

Vor diesem Hintergrund sind die mehrheitlich bürgerlich-liberalen Verantwortungsträger unseres Landes gut beraten, sich auf einen eigentlichen «politischen Zweifrontenkrieg» einzustellen. Kampf gegen die fortschreitende Umweltzerstörung einerseits, Kampf aber auch andererseits gegen alle Versuche, ein Klima des Pessimismus zu verbreiten, grüne Endzeitstimmungen zu schüren und mit Hilfe einer

Katastrophenideologie den Umweltschutz als ein Vehikel für ganz anders motivierte politische Ziele zu missbrauchen.

In liberaler Perspektive geht es konkret darum, der ökologischen Herausforderung mit wirkungsvollen, langfristig verantwortbaren und politisch realisierbaren Massnahmen konstruktiv zu begegnen. Dabei sind die Prioritäten auf die Eigenverantwortung, den technischen Umweltschutz und auf die finanzielle Anreizstrategie zu legen. Liberal konzipierte Umweltschutzpolitik hat mit andern Worten den ökologischen Bürgersinn zu wecken, den unternehmerischen Sachverstand und die wissenschaftliche Intelligenz für die Zwecke des Umweltschutzes zu mobilisieren.

Dazu müssen die Einführung und die Durchsetzung neuer, «sauberer» Technologien gefördert sowie Kosten und Nutzen des Umweltschutzes in den marktwirtschaftlichen Preismechanismen integriert werden. Auf diesem Wege kann das Ausmass staatlicher Gebote und Verbote auf das zuletzt noch notwendige Minimum beschränkt werden. Eine so verstandene Umweltpolitik sucht Problemlösungen nicht ausserhalb, sondern innerhalb der Industriegesellschaft, sucht nach gangbaren Wegen nicht durch Verweigerung, sondern durch Indienstnahme des technisch-wissenschaftlichen Know-how. Dies, ohne dabei die bisherigen Errungenschaften preisgeben zu wollen. Ohne also Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand, soziale Sicherheit, politische Kultur sowie die Spielregeln unserer Mehrheitsdemokratie mutwillig den Ansprüchen radikal ökologischer Ungeduld zu opfern.

Zum Ungeist rot-grüner Fundamentalopposition

Gerade mit Blick auf vergangene kantonale und auf kommende eidgenössische Wahlgänge scheint es dringend geboten, den Finger stärker als bisher auf gewisse Strömungen, Widersprüche und Auswüchse jener buntschillernden Koalition rot-grüner und links-alternativer Kräfte zu legen. Diese versprechen lautstark und

Terminkalender 1987 der FDP der Schweiz

21. August	Delegiertenrat
21. September – 9. Oktober	Session
11. September	Delegiertenrat
12. September	Wahlkundgebung (in Aarau)
18. Oktober	Eidgenössische Wahlen
30. Oktober	Delegiertenrat
31. Oktober	a. o. Delegiertenversammlung (in Bern)
30. November – 18. Dezember	Session
6. Dezember	Eidgenössische Volksabstimmung
9. Dezember	Vereinigte Bundesversammlung

besserwieserisch den Himmel auf Erden und postulieren unter Androhung des baldigen Endes die alles verändernde Wende. Viele Exponenten und Basisaktivisten dieser Koalition ausserhalb und innerhalb des Parteiensystems gebärden sich als neue Wert- und Wahrheitsbeansprucher im rot-grünen Gewand, die nicht wissen möchten, sondern glauben, die so tun, als ob sie das Gewissen selbst seien, welches keinem Mehrheitsentscheid mehr zugänglich zu machen beziehungsweise zu unterwerfen sei.

Alle politischen Entscheidungsfragen werden zu ökologischen Überlebensfragen hochstilisiert, um dann von daher gar ein grünes Widerstandsrecht gegen missliebige, auf dem ordentlichen Rechtsweg entstandene staatliche Massnahmen oder gegen demokratische Mehrheitsentscheide abzuleiten. Zum moralisierenden, «gesinnungstotalitären» Politikstil mancher Exponenten dieser Koalitionen gehört es schliesslich auch, so zu tun, als seien sie als einzige wirklich besorgt über die Umweltverschmutzung, als hätten sie die umweltpolitische Weisheit gepachtet und seien also auch als einzige in der Lage, unsere Gesellschaft und die Menschheit überhaupt vor dem drohenden Untergang zu retten.

Wer bürgerlich-liberal denkt, hat Anlass und Gründe genug, diesem rot-grünen Politikansatz und seiner Ausbreitung energi-

schen Widerstand entgegenzusetzen. Wer ein grünes Widerstandsrecht, unter welchem Titel auch immer reklamiert, wer die Betroffenen demokratisch über die Mehrheitsdemokratie stellt, der ritzt am Rechtsstaat als Garant des inneren Friedens, der ist Wegbereiter eines Rückfalls in geschichtlich überwundene Zustände, der sägt am Ast der Rechtssicherheit. Wer in der Demokratie unterliegt, kann die Entscheidung der Mehrheit weiterhin für falsch halten und um neue Mehrheiten kämpfen. Aber das Prinzip der Mehrheitsentscheides muss er akzeptieren, wenn er Demokrat bleiben will.

Wer liberal und aufgeschlossen denkt hat aber auch Anlass und Grund genug, die Zusammenarbeit mit jenen Kreisen des heterogenen grünen Spektrums zu suchen, die dem Rechtsstaat liberaler Prägung verpflichtet sind, die aber auch die vielfältigen Probleme dieses Staates im Gesamtzusammenhang lösen wollen und dabei der ökologischen Komponente grösstmögliches Gewicht beimessen.

Der aufrechte Gang, der Mut zur selbstbewussten Auseinandersetzung mit dem ideologischen und politischen Gegner, sind für das bürgerlich-liberale Lager ein Gebot der Stunde. Der guten Gründe sind genug, um das von der rot-grünen Koalition versprochene Paradies deutlich zu entzaubern.



Leserbriefe

Zum St. Galler Parteitag

Die Kernenergiepolitik der FDP war eines der am eingehendsten diskutierten Themen am Parteitag in St. Gallen. Die Frage, ob das fakultative Referendum für den Bau von Kernkraftwerken eingeführt werden soll oder nicht, ging zweifellos in die Sphäre der demokratischen Grundprinzipien. Die Befürworter eines Volksentscheides argumentierten damit, dass über ein solches wichtiges Problem wie Neubau von KKW's, nicht nur im Parlament, sondern auf breiter Ebene abgestimmt werden soll. Ist es aber wirklich demokratisch?

Der Bau eines Kernkraftwerkes ist eine Sachfrage, die gut fundierte Kenntnisse über Physik, Chemie und andere Wissenschaften braucht. Nur Fachleute können richtig beurteilen, ob ein KKW funktions-sicher ist – was für die Bevölkerung vielleicht das Wichtigste ist. Es ist viel schwieriger, die Resultate von wissenschaftlichen Rechnungen und Experimenten dem ganzen Volk zu präsentieren und damit glaubhaft zu machen, dass die schweizerischen Kernanlagen hohe Sicherheit haben, als mit emotionalen «Argumenten» Angst vor der Kernenergie zu machen. Ein Plakat, das den reinen Wasserdampf eines KKW-Kühlturms als dicke, schwarze Wolke darstellt, oder Behauptungen wie «Tschernobyl ist überall» sind Lügen, die ausnützen wollen, dass nicht alle Stimmbürger die entsprechenden Fachkenntnisse haben können. Man soll keine Angst vor Volksentscheiden haben, aber vor einer auf solche Art und Weise manipulierten Abstimmungskampagne, welche die demokratische Meinungsbildung in der Schweiz missbrauchen will. Die Empfehlung der Delegierten (mit einem Stimmenverhältnis 98:61), ein fakultatives Referendum über den Bau neuer KKW's nicht zu fördern, halte ich für eine realistische Stellungnahme zur Demokratie und zum Liberalismus.

Michael Morvay, dipl. Chemiker, Basel

FEDERN

in jeder Grösse
für jede Verwendung

BAUMANN + CIE AG
Federnfabrik
CH-8630 Rütli
Tel. 055/84 11 11

Parteipräsident Hunziker:
FDP kennt nicht nur grüne Töne

Absage an die Ökodiktatur

Den St. Galler Parteitag nutzte der Präsident der FDP der Schweiz, Nationalrat Dr. Bruno Hunziker (Aarau), zu einer politischen Lagebeurteilung. Er ging dabei insbesondere auch auf die laufende «Grün»-Diskussion ein. Nachstehend ein Auszug aus seinen Ausführungen:

Dass Probleme im Umweltbereich zu meistern sind und dass wir diese lösen müssen, daran besteht kein Zweifel. Allerdings werden wir Freisinnigen nun nicht auf den fahrenden Zug aufspringen, der einen grünen Anstrich besitzt, dessen Führer und Mitfahrer jedoch nicht immer so grün sind. Wir Freisinnigen sind auch nicht bereit, uns einer Ökodiktatur gleich welcher Provenienz zu unterwerfen.

Gegen rot-grüne Experimente

Wir Freisinnigen stellen uns den Problemen. Und wir werden sie auch meistern. Aber nicht mit rot-grünen Experimenten, sondern mit einer realistischen, vernünftigen Politik, die gesamtheitlich ist, indem sie alle Fragen unseres Lebens miteinbezieht.

Wir Freisinnigen dürfen für uns in Anspruch nehmen, Umweltpolitik seit langem und nicht als blosses Lippenbekenntnis betrieben zu haben. Wir haben schon immer Leute gehabt, die sich für Umweltfragen eingesetzt haben. Ich erinnere nur an Bundesrätin Elisabeth Kopp und verweise auf die zahlreichen Freisinnigen, die in leitenden Positionen in Umwelt-, Natur- und Heimatschutzorganisationen auf allen Stufen tätig sind. Und von diesen Freisinnigen gibt es viel mehr, als auf Grund von Klischeevorstellungen von der FDP als einseitig ausgerichteten wirtschaftsorientierter Partei von unseren politischen Gegnern immer wieder behauptet wird.

Ökologischen Anliegen Rechnung tragen

Die Bedeutung des Umweltschutzes ist auch bei uns Freisinnigen unbestritten. Als Partei, die für das Ganze verantwortlich ist, haben wir den ökologischen Anliegen Rechnung zu tragen – und ohne Zweifel in verstärktem Masse als bis anhin geschehen ist. Und diese Absicht haben wir mit der Erarbeitung eines freisinnigen Umweltmanifestes klar und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Wir Freisinnigen werden uns aber nicht in den Chor jener einreihen, die beim gängigen umweltpolitischen Konzert nur die grünen Töne kennen.

Es ist das gute Recht der Opposition und der Freunde einer rot-grünen Wende, mit einem bunten Strauss von Forderungen anzutreten. Die Aufgabe von Exekutive und Regierungsparteien ist es aber, das Realistische vom Utopischen zu trennen, wirksame Massnahmen anzuordnen, sorgsam Vor- und Nachteile abzuwägen, mögliche negative Wirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und das soziale Gleichgewicht in die Überlegungen einzubeziehen. Es waren nicht zuletzt liberal-bürgerlich denkende Politiker, die die erforderlichen Mehrheiten für den Einsatz von Milliarden von Franken auf allen Stufen unseres Gemeinwesens für den Umweltschutz ermöglicht haben und weiter ermöglichen werden: für die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, für den Gewässerschutz, für eine umweltfreundliche Abfallbeseitigung, für die Reduktion der Schadstoffe. Diese Liste liesse sich beliebig vermehren.

Die von unserer Partei verfolgte Umweltpolitik ist möglicherweise wenig spektakulär und



kommt den Ungeduldigen – und deren Ungeduld ist oft nachfühlbar – vielleicht nicht oder zu wenig entgegen. Unsere freisinnige Umweltpolitik ist jedoch Teil einer Politik, die Probleme ohne Preisgabe gesellschaftlicher und politischer Stabilität zu lösen versucht und die deshalb mit dem Blick auf das Ganze verfolgt wird. Wir wollen keine rot-grünen Experimente, sondern freisinnige Wirklichkeit schaffen. Keine Traumpolitik, sondern eine der Taten. Eine, die die Umwelt schützt – im Interesse aller.

Imposante Bilanz

Der Wähler wird am Wochenende des 18. Oktober aber nicht allein darüber befinden, welche grüne Politik die einzelnen Parteien verfolgen, sondern welchen Leistungsausweis und welche Zukunftsabsichten sie vorlegen. Und da dürfen wir Freisinnigen einerseits mit einer positiven Bilanz aufwarten und andererseits ein Programm präsentieren, das sich den Herausforderungen der Zukunft

nicht nur im Umweltbereich stellt. Als grösste und landesweit am breitesten abgestützte Partei ist es an uns Freisinnigen, all den Panik-, Angst- und Miesmachern entgegenzutreten und den Weg für die Zukunft aufzuzeigen. Unsere Wirklichkeit ist nicht so trostlos und von einem solchen Mief umgeben, wie immer wieder von Leuten, die mit sich selbst unzufrieden sind, behauptet wird. Die Situation wirkt in mancher Hinsicht paradox: In einem Moment, da der Wohlstand blüht, da kein grosser Anlass zu wirtschaftlichen Sorgen besteht, da unser Land mit einer weltweit einmaligen Arbeitslosenquote dasteht, da die Steuern in zahlreichen Kantonen und Gemeinden gesenkt und unsere Sozialpolitik weiter gefestigt werden konnte sowie im auch so kritisierten Umweltbereich klare Akzente gesetzt wurden, da der Bildungsauftrag ernstgenommen wird, in einem solchen Moment haben Weltuntergangspropheten Hochkonjunktur. Aber auch diese haben an unserem Wohlstand teil, obwohl sie nie müde werden, Gesellschaft und Wirtschaft zu verunglimpfen.

Erreichtes sichern – Zukunft gestalten

Unser Land hat in langer Entwicklung viel erreicht. Wir Freisinnigen wehren uns dagegen, dass das, was sich bewährt hat, gering geschätzt wird. Es gilt, diese Errungenschaften zu erhalten. Gleichzeitig dürfen wir nicht stillstehen. Wir Freisinnigen stellen uns den neuen Herausforderungen. Dabei treten wir immer für freiheitliche Lösungen ein, die den einzelnen in den Mittelpunkt stellen.

Unsere Demokratie hat immer wieder bewiesen, dass sie in der Lage ist, auch anspruchsvolle Aufgaben zu lösen. Und dazu wollen wir als freisinnige Partei, die massgeblich an der Entwicklung der Schweiz zum modernen Staat beteiligt ist, auch inskünftig unseren Beitrag leisten. Ganz nach dem Motto, unter welchem der erste Abschnitt der «Zielsetzungen 87/91» steht: «Erreichtes sichern – Zukunft gestalten».

FDP immer noch stärkste Partei

In seiner Präsidialansprache zog Parteipräsident Hunziker auch Bilanz über die kantonalen Wahlen in der zu Ende gehenden Legislaturperiode. Der Freisinn hat dabei – bei Berücksichtigung der Ergebnisse in jenen Ständen, die ihre Legislative nach dem Proporzsystem wählen – 18 Mandate eingebüsst und verfügt noch über insgesamt deren 741. Mit diesem Minus von 18 Sitzen hat sich die FDP als die gegen Verluste mit Abstand resistensteste Bundesratspartei erwiesen. Die CVP verfügt über 27 Mandate weniger, die gegenüber der FDP deutlich kleinere SVP 12 Sitze weniger – und die SP musste gar einen Verlust von 50 Mandaten hinnehmen. Von den Nichtbundesratsparteien stehen auf der Verliererseite die Liberalen (–9), die PdA (–8) sowie die EVP (–2). Klare Gewinner sind die Nationale Aktion mit 32 zusätzlichen Sitzen sowie die Grünen unterschiedlichster Intensität dieses Grüns bzw. des Rots mit 70 Mandaten. Bemerkenswert ist, dass der sich so grün gebärdende Landesring ebenfalls auf der Verliererseite steht, was den vom LdU-Präsidenten immer so lautstark propagierten Erfolg seiner Politik reichlich relativiert. Parteipräsident Hunziker kommentierte diese Zahlen wie folgt:

«Zu dieser Gewinner- und Verliererliste gemessen an absoluten Sitzen bleibt noch eine Anmerkung zu machen: Die Wähleranteile der Parteien in Pro-

zenten vermögen, unbeeinflusst vom Majorz- oder Proporzglück oder -pech, am reinsten die Tendenzen im Wählerverhalten widerzuspiegeln und über die Richtung und das Ausmass der Verschiebungen Auskunft zu geben. Und diese Zahlen lauten für unsere Partei recht günstig: Eigentliche Einbrüche waren nirgends zu verzeichnen. Die Wähleranteilverluste hielten sich durchwegs in einem als bescheiden zu bezeichnenden Rahmen; in mehreren Kantonen konnten zudem zusätzliche Anteile, wenn auch nicht in grossem Ausmass, gewonnen werden.

Für die oft verzerrte Darstellung der Ergebnisse möge ein Beispiel genügen: Unsere Partei hat bei den Zürcher Kantonsratswahlen sechs Mandate verloren, die SP eines. Der Wähleranteilverlust der SP betrug allerdings 2,7 Prozent, jener unserer Partei nur 1,7 Prozent. Und zu erinnern wäre daran, dass die SP vier Jahre zuvor gleich 14 Sitze verlor.

Wir Freisinnigen sind immer noch die stärkste und die am breitesten im ganzen Land vertretene Partei. Eine Position, die es bei den kommenden eidgenössischen Wahlen zu verteidigen gilt. Wir Freisinnigen wollen uns gleichzeitig profilieren als führende bürgerliche Kraft, als jene Partei, welche liberale Anliegen am stärksten zum Ausdruck bringt und glaubwürdig die Probleme der Zukunft zu meistern vermag.»

Weniger Vorschriften für Klein- und Mittelbetriebe

Praktische Erfahrungen, bestätigt durch wissenschaftliche Untersuchungen, zeigen, dass die vielen staatlichen Vorschriften, Gebote und Verbote den Unternehmen schwere administrative Lasten auferlegen. Insbesondere die Klein- und Mittelbetriebe tragen schwer unter dieser Last. In den meisten Fällen können gute Gründe für die komplizierten Vorschriften angeführt werden, so beispielsweise das Streben, einen umfassenden Sozialschutz zu gewährleisten oder ein höchstmögliches Mass an unverteilter sozialer Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Trotzdem sind solche Gründe nicht tragfähig. Hat die Sozialversicherung eine Zukunft, wenn sie als gigantisches, bürokratisches Gebilde erscheint, wenn ihre Vorschriften, Formulare und Abrechnungsbogen nicht mehr als Notwendigkeit akzeptiert sind, sondern als widerwärtige Belastung verflucht und wenn möglich legal umgangen werden?

In den letzten Jahren hat sich die Krise im Vollzug der Sozialversicherung akzentuiert. Wer von qualitativem Wachstum spricht, muss dafür sorgen, dass die administrativen Auflagen, die insbesondere den Klein- und Mittelbetrieben das Leben schwer machen, verringert werden.

In der Wintersession hat der Nationalrat mein Postulat überwiesen, in dem ich vom Bundesrat einen Bericht verlangte, der über das Ausmass der Belastung der Klein- und Mittelbetriebe durch staatliche Regulierung Auskunft geben soll, damit auch deutlich wird, welche wirtschaftliche Bedeu-



tung der Vereinfachung der staatlichen Administrativvorschriften zukommt. Ferner sollen die Möglichkeiten geprüft werden, wie diese Belastung durch Vereinfachung der Vorschriften vermindert werden kann. Der von mir verlangte Bericht des Bundesrates darf aber nicht bei unverbindlichen allgemeinen Erwägungen stehenbleiben. Deshalb verlangt mein Postulat konkrete Vorschläge, wie auf Gesetzes- oder Verordnungsstufe diese Zielsetzung erreicht werden kann.

Der Bundesrat hat mein Postulat entgegengenommen. Das Problem ist bedrückend, deshalb wird man das Parlament nicht mit Oberflächlichkeiten abspeisen können. Der Bundesrat wird seine Antwort auch nicht auf die lange Bank schieben können, ansonsten wird das Parlament erneut mobilisiert werden.

Nationalrat
Heinz Allenspach (FDP),
Fällanden ZH

Sammlung Thyssen soll in Lugano bleiben

Dringliche Interpellation von freisinniger Seite

Welche Schritte hat der Bundesrat bisher unternommen, und welche gedenkt er noch weiter zu unternehmen, um die Gemäldesammlung Thyssen-Bornemisza weiterhin an ihrem bisherigen Standort in Lugano zu behalten? Dies fragt in einer Dringlichen Interpellation Nationalrat Kurt Müller die Landesregierung. Der freisinnige Zürcher begründet seinen Vorstoss damit, dass es sich um die zweitgrösste Privatsammlung der Welt und die grösste in der Schweiz handle, deren Abwanderung ins Ausland einem erheblichen Kulturverlust für unser Land gleichkäme.

In seiner Interpellation will Nationalrat Müller vom Bun-

desrat weiter Auskunft darüber, ob dieser bereit ist, zusammen mit der Stadt Lugano, dem Kanton Tessin sowie der Schweizer Wirtschaft die zusätzlich nötigen Geldmittel zur Verfügung zu stellen, um den geplanten Erweiterungsbau in Lugano sicherzustellen und die Kosten für den Betrieb in der erweiterten Ausstellung decken zu können. Ebenso wird die Landesregierung aufgefordert, zur Frage Stellung zu nehmen, wie diese die Chancen beurteilt, dass die Gemäldesammlung – oder zumindest ihr Kernbestand – an ihrem jetzigen Standort in Lugano verbleibt und nicht, wie zur Diskussion steht, ins Ausland verlegt wird.

Soeben erschienen!

Das «Freisinnige Manifest

zum Umweltschutz» liegt nun gedruckt vor. Sie können es mit untenstehendem Talon bestellen.

Der lange Werdegang des Manifestes zeigt, dass dieses Grundsatzpapier nicht bloss ein von Wahlstrategen nach Opportunitätskriterien fabriziertes Werbement ist. Was vorliegt, ist das Ergebnis eines mit beträchtlichem

Engagement durchgeführten parteiinternen Meinungsbildungsverfahrens. Eines Tauziehens, bei dem es um mehr ging als um publikumswirksame Formulierungen. Ganz nach dem Motto: «Politik, die Resultate bringt: FDP».



Bitte senden Sie mir ein Exemplar des «Freisinnigen Manifestes zum Umweltschutz». Gratis.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern.

20 Jahre später

Sechstagekrieg – seine Folgen

Um 7 Uhr 45 des 5. Juni 1967 führten die Israeli den ersten Luftschlag. Es war der Auftakt zum dritten Nahostkrieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. In die Geschichte ist er als der Sechstagekrieg eingegangen. Ein Bericht von Jacques Baumgartner:

In den zwanzig Jahren seit diesem für die Araber bösen Waffengang schloss einzig Ägypten seinen Frieden mit dem jüdischen Staat. Der Weg zum ägyptisch-israelischen Frieden führte gewissermassen über einen nochmaligen Krieg, den Jom-Kippur-Krieg vom Oktober 1973. Sechs Jahre später, am 16. März 1979, unterschrieben der damalige ägyptische Präsident Anwar as-Sadat und der israelische Ministerpräsident Menachem Begin den Friedensvertrag. Er kam zustande mit dem Beistand der amerikanischen Regierung.

Der Sechstagekrieg war ein israelischer Blitzkrieg. Er brach elf Jahr nach dem Sinai-Feldzug (1956) aus, nach einer Periode scheinbarer Ruhe. Allerdings hatten die arabischen Staaten die Zeit genützt, ihre militärische Macht wiederherzustellen. Syrien und Ägypten hatten von der Sowjetunion enorme Waffenlieferungen erhalten.

Die Krise begann im Spätherbst 1966, spitzte sich in der ersten Maihälfte 1967 zu. Die sowjetische Regierung hatte die Ägypter über angeblich starke israelische Truppenkonzentrationen an der syrisch-israelischen Grenze informiert. In den folgenden Tagen erhielt Kairo weitere solche Informationen aus Moskau. Offenbar waren die Sowjets über die Möglichkeit einer israelischen Strafaktion gegen Syrien beunruhigt. Sie wollten Nasser dazu veranlassen, mit seinen Streitkräften auf der Sinaihalbinsel die Israeli vor einem Angriff auf Syrien abzuhalten. Die sowjetischen Befürchtungen waren aber aus der Luft gegriffen.

Es gab gar keine israelischen Truppenmassierungen an der Grenze zu Syrien. In einem Bericht des Uno-Generalsekretärs (U Thant) an den Sicherheitsrat heisst es: «Es wird bestätigt (von den Uno-Beobachtern), dass auf keinen der beiden Seiten Truppenkonzentrationen und grössere Truppenbewegungen stattfinden (19. Mai 1967).»

Am 15. Mai erklärte Nasser in einer Rede unter anderem: «Unser Ziel ist (...) eine geschlossene und zusammenhängende arabische Region zu schaffen. Israel ist daraus zu beseitigen.» Ägypten liess 90 000 Soldaten und 900 Panzer im Sinai aufmarschieren.

Die militärische Entwicklung

Die Spannung stieg. Israel hoffte, die Grossmächte, die Vereinten Nationen würden handeln, die Eskalation eindämmen und Nasser bremsen. Am 26. Mai forderte in einer Note die amerikanische Regierung den ägyptischen Präsidenten auf, Ägypten möge sich «Zurückhaltung auferlegen». Moskau teilte Nasser ebenfalls am selben Tag mit, «man» rate dringendst an, nicht von sich aus die Kampfhandlungen zu eröffnen. Die Sowjets hatten Grund zur Besorgnis. Sie wollten einer direkten Konfrontation mit den Vereinigten Staaten ausweichen. Die militärische Entwicklung jener Tage haben Randolph S. und Winston S. Churchill, Sohn und Enkel des vormaligen britischen Premierministers Winston Churchill, wie folgt festgehalten: «15. Mai: ägyptische Truppen ziehen in Richtung Sinai durch Kairo. Israel ordnet Alarmbereitschaft für seine Streitkräfte an. 16. Mai: Ägypten ruft den Ausnahmezustand aus. 17. Mai: Ver-

lautbarungen aus Kairo und Dales in sechs Tagen buchstäblich am Boden zerstört zu sehen.

Heute, zwanzig Jahre nach dem Sechstagekrieg, behaupten die Befürworter einer internationalen Konferenz, der Nahe Osten stehe einer Friedenslösung so nahe wie nie zuvor. Aber noch ist ein weiter Weg zurückzulegen. Die Chancen für eine Friedenskonferenz beruhen laut dem ägyptischen Aussenminister Boutros Ghali auf vier Säulen: guten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, sodann einer grösseren arabischen Einheit, einer zufriedenstellend geregelten Vertretung der Palästinenser und einer einheitlichen israelischen Position. Diese Voraussetzungen, wie im vergangenen Monat in Bern der ägyptische Aussenminister einräumte, «sind derzeit nicht gegeben».

Stark für eine internationale Konferenz setzt sich der israelische Aussenminister Shimon Peres ein. Er ist offenbar bereit, mit sehr hohem Einsatz zu spielen. Er möchte nämlich dieses, sein Ziel unter Umständen über vorzeitige Neuwahlen erreichen. So drohte Peres dem Ministerpräsidenten, Yitzhak Schamir, die sozialdemokratische Arbeiterpartei werde die Koalition mit dem Likud-Block aufkündigen.

Nach den Vorstellungen Peres' steckte eine internationale Konferenz unter Uno-Schirmherrschaft lediglich den Rahmen für spätere bilaterale Verhandlungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn ab. Aber Schamir sieht Gefahren für Israel. Eine solche Konferenz ginge nämlich davon aus, dass Israel alle seit zwanzig Jahren besetzten Gebiete zurückgeben muss. Das sind aber Faustpfänder, die Schamir – auch teilweise – nicht herausrücken möchte, bevor überhaupt die politischen Verhandlungen begonnen haben. Auch Schamir ist für Frieden, aber ihm schweben eher Separatverträge nach dem Muster des Vertrages mit Ägypten vor.

Syrischer Stolperstein

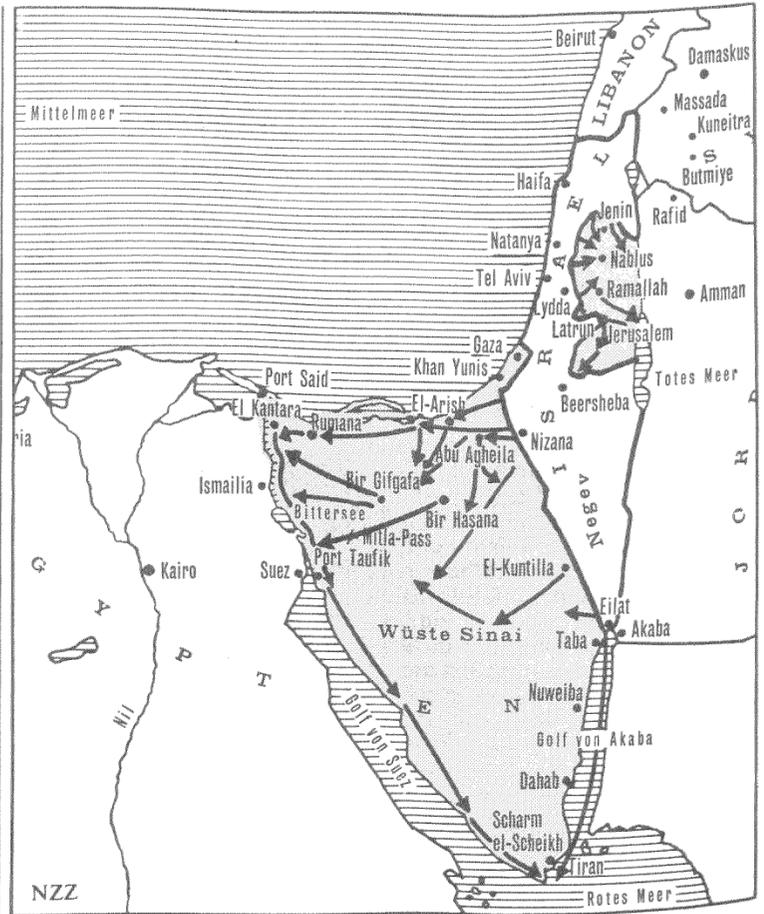
Die Gegenseite ist die Sowjetunion und ihre Klientel, das heisst vorab Syrien. Für Moskau besteht der Konferenzanreiz darin, dass es seinen wieder zunehmenden Einfluss in Nahost noch mehr ausdehnen könnte. Syrien, bis anhin grösster Stolperstein auf dem Weg zu einem Frieden, steht unter sowjetischem Druck, nun maskus besagen, dass sich sowohl Ägypten wie auch Syrien in «Kampfbereitschaft» befinden. Amman verkündet die Mobilisierung der jordanischen Streitkräfte. 18. Mai: Kuwait und der Irak verkünden die Mobilmachung. 19. Mai: Die Uno-Friedensstreitmacht wird zurückgezogen. 20. Mai: Israel hat seine Teilmobilmachung abgeschlossen. 21. Mai: Ägypten beruft seine Reservisten ein. 24. Mai: In Amman wird offiziell bekanntgegeben, dass die Generalmobilmachung abgeschlossen sei und die Regierung irakischen und saudiarabischen Truppen den Einmarsch in Jordanien gestattet habe. 29. Mai: In Algier wird bekanntgegeben, dass Algerien Einheiten in den Nahen Osten zur Unterstützung Ägyptens entsende. 31. Mai: Irakische Einheiten und Panzerverbände ziehen in Jordanien ein.»

Aber auch Israel hatte sich entschieden: In den ersten Stunden

des Krieges konnte Israel den grössten Teil (416) der feindlichen Kampfflugzeuge am Boden zerstören und somit die Kontrolle des Luftraums gewinnen. In den schnellen Feldzügen der folgenden sechs Tage eroberte Israel das jordanische Westuferland (Judäa und Samaria), die syrischen Golanhöhen, den Gazastreifen und die Sinaihalbinsel (nach dem Friedensschluss 1979 wieder an Ägypten). Der Höhepunkt der Kampfhandlungen kam mit der israelischen Eroberung des östlichen Jerusalem, in dem sich die heiligsten Stätten des Judentums (aber auch die Al-Aksa-Moschee) befinden: die Klagemauer und die Überreste des Salomontempels. Das jordanische Jerusalem wurde von Israel annektiert, die anderen eroberten Gebiete wurden einer Militärverwaltung unterstellt.

Internationale Nahostkonferenz?

Israels Sieg vor zwanzig Jahren stellte für die arabische Welt eine schwere Niederlage dar, aber auch die Sowjetunion. Sie hatte in den Jahren zuvor, seit sie 1955 mit Nasser ein Waffenlieferungsabkommen abschloss und dadurch den Rüstungswettlauf im Nahen Osten auslöste, unentwegt ein Ziel angestrebt: den Einfluss der Briten, Franzosen und Amerikaner in diesem Raum auszuschalten. Um dieses Ziel zu erreichen, hat Moskau kolossale militärische und wirtschaftliche Investitionen vorgenommen ... um al-seine (ablehnende) Haltung zu mässigen. Moskau ist am Zustandekommen einer internationalen Konferenz viel gelegen, und zwar unter Teilnahme einer geeinten

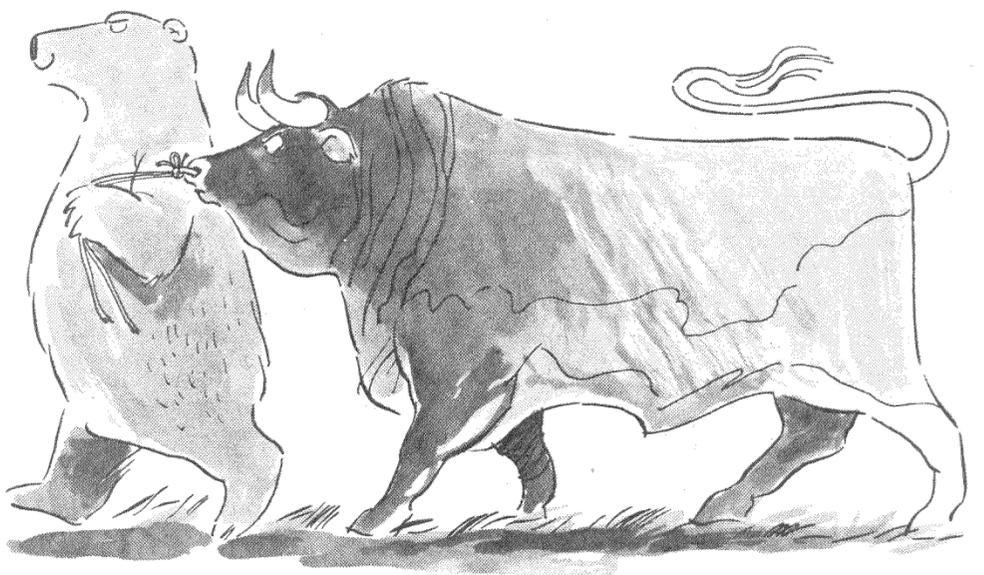


Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) von Yassir Arafat.

«Herzstück», wie sich Boutros Ghali ausdrückte, einer Nahostregelung ist ohne Zweifel das Palästinenserproblem. Für den Moment lehnen Ägypten, Jordanien und Saudiarabien jegliche PLO-Teilnahme an einer internationalen Konferenz ab.

In den von Israel besetzten Gebieten leben 1,3 Millionen Ara-

ber/Palästinenser. Integrierte sie Israel in sein politisches System, wird der jüdische Staat ein Nahoststaat wie jeder andere. Wenn nicht, was die Gegenwart ist, «trennen wir», wie unlängst der ehemalige israelische Aussenminister Abba Eban sagte, «nach Rasse wie die Südafrikaner». Kurz, auch zwanzig Jahre nach dem Sechstagekrieg ist der Nahe Osten von einer Friedenslösung so weit entfernt wie je.



SIE WERDEN STAUNEN, WENN SICH DER BÄR FÜR SIE MIT DEM BULLEN ANLEGT.

Beispielsweise wenn es um die internationale Vermögensanlage geht, denn nur fundiertes Wissen führt hier zum Erfolg. Kopfloses Umherjagen in der Arena der internationalen Kapitalmärkte nützt Ihnen über den Tag hinaus nichts. Wir lassen uns nicht an der Nase herumführen.

Deshalb wenden sich immer mehr erfolgsorientierte Anleger aus aller Welt an die Bank Julius Bär, eine der führenden Privatbanken.

Mit über vierzigjähriger Spezialisierung im internationalen Markt der festverzinslichen Wertpapiere und Aktien haben wir uns diese Führungsrolle erworben.

JB^{co}B BANK JULIUS BÄR
For the fine art of Swiss banking.

Bahnhofstr. 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 51 11, Tx. 823 865